

Antrag	A-002: Solidarität Ukraine
Antragsteller*in	Luca Grimminger (KV Flensburg), Ann Teegen (KV Kiel), Johann Knigge-Blietschau (KV Kiel), Finn Luca Frey (KV Segeberg), Florian Jansen (KV Kiel), Lars Thiele-Kensbock (KV Dithmarschen), Nicolas Jähring (KV Flensburg), Oleg Gussew (KV Kiel), Sascha Luetkens (KV Lübeck), Sebastian Heck (KV Rendsburg-Eckernförde), Tive Kühnemund (KV Flensburg), Tjark Naujoks (KV Flensburg)
Antragstext	<p><i>Der Landesparteitag der LINKEN Schleswig-Holstein möge erklären:</i></p> <p>Am 24. Februar 2022 marschierte die russische Armee in die Ukraine ein. Jeder Tag, den dieser schreckliche Angriffskrieg noch andauert, ist einer zu viel. Mit Panzern, Marschflugkörpern, Bomben und schwerem Artilleriebeschuss werden die ukrainischen Städte angegriffen. Tausende hat der Angriffskrieg bereits das Leben gekostet, jeden Tag kommen viele weitere hinzu. Putins ursprüngliches Ziel einer schnellen Besetzung und Unterwerfung ist am Widerstand der Ukraine gescheitert. Die russische Führung hat den Vormarsch auf die Hauptstadt vorerst aufgegeben und konzentriert sich auf die Eroberung des Südens und des Ostens der Ukraine. Ein Ende des Krieges, der fast vollständig auf ukrainischem Gebiet stattfindet, ist derzeit nicht abzusehen. Der russische Angriffskrieg hat die politischen Koordinaten verschoben, auch und gerade für uns. Linke Parteien und Organisationen in Europa sind sich einig in der Verurteilung der militärischen Invasion, aber nicht in der Frage, mit welchen Mitteln der Krieg beendet und die Aggression zurückgewiesen werden kann, soll und darf.</p> <p>Die Charta der Vereinten Nationen bekräftigt das Recht der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff, solange der Sicherheitsrat nicht handelt. Die UN-Charta verlangt von niemandem sich einem militärischen Angriff widerstandslos zu ergeben und sie verlangt von anderen Staaten nicht dabei tatenlos zuzusehen. Dies ist Ausdruck der Grundhaltung der Charta den Krieg als Mittel der Politik zu ächten, Konflikte ausschließlich friedlich beizulegen und auf ein kollektives Sicherheitssystem zu setzen, welches Übergriffe wirksam zurückweist. Dem widersprechen wir nicht. Wir können uns nicht dagegenstellen, dass die Ukraine bei der Verteidigung gegen den russischen Einmarsch Waffenlieferungen in Anspruch nimmt und nehmen möchte. Wir stehen an der Seite der Menschen in der Ukraine in ihrer Verteidigung gegen die kriegerischen Handlungen Russlands.</p> <p>Jede Hoffnung auf eine Entwicklung im Sinne progressiver und sozialistischer Bewegungen in der Ukraine und Russland ruht darauf, dass der Ukraine ihre Verteidigung gelingt. Wie es die russische Friedensaktivistin Sasha am 24. Februar 2023 bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung sagte: "Sieg für Russland - Gott bewahre - (...) das wäre für uns einfach ein Sarg".</p>

Begründung	Erfolgt mündlich.
-------------------	-------------------